

Sehr geehrter Herr Minister Meyer,
Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Nägele,

seit nun knapp über einem Jahr vertritt die „Bürgerinitiative Bahnstraße“ die Anlieger entlang der Bahntrasse in Ellerau und Quickborn. Als Bewohner des Hamburger Randgebietes und Nutzer der AKN, verstehen und unterstützen wir grundsätzlich die Ambitionen der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg, die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs stetig zu optimieren.

Leider ergeben sich in bestimmten Bereichen der Strecke, aufgrund einer sehr engen Bebauung und fehlender Ausweichmöglichkeiten, Interessenskonflikte zwischen Anwohnern und Planungsvorgaben, wie es bei derartigen Großprojekten relativ häufig vorkommt (z. B. A20, Fehmarn-Belt-Querung, Nord-Süd-Stromtrasse, usw.).

So müssen im Zusammenhang mit dem „Projekt S21“ die Anwohner mehrere Meter ihres Gartens für das geplante zweite Gleis hergeben. Die Bahnstrecke, und somit der Lärm und die Erschütterung durch den Zugverkehr, rückt dadurch auf bis zu 5 Meter an die Wohnbebauung heran. Hinzu kommt die Elektrifizierung der Strecke mit Hochspannungs-Oberleitungen, in unmittelbarer Nähe der Schlaf- und Kinderzimmer.

Sicher haben Sie Verständnis für die unter den Anliegern entstandenen Sorgen und Ängste, die dieses Projekt mit sich bringen. Viele bangen schlicht um ihre Gesundheit und Lebensqualität.

Stets haben wir versucht mit Planern und Politik ins Gespräch zu kommen, haben Kompromissbereitschaft gezeigt und versucht, uns konstruktiv an Lösungsmöglichkeiten zu beteiligen. Leider ist Ihrerseits keinerlei Bereitschaft zu erkennen, die Ängste und Sorgen Ihrer Bürger aufzunehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Stattdessen berichteten Sie, wie zuletzt im Wirtschaftsausschuss vom 02. November 2016, davon, dass unsere Kritik an der Informationspolitik der Landesregierung angeblich dadurch gegenstandslos sei, da man Ihrerseits sehr offensiv mit den Informationen umgehen würde. Dabei erwähnten Sie, dass Herr Minister Meyer selbst vor Ort war und dass die AKN als planendes Unternehmen permanent Gespräche führe.

Hierzu stellen wir klar, dass Herr Minister Meyer am 20. Oktober 2015 zu einem „Runden Tisch“ nach Ellerau geladen hatte, zu dem wir als Bürgerinitiative freundlicherweise eingeladen wurden. Hintergrund war die allgemeine Verkehrssituation in Ellerau und Quickborn und keinesfalls die besondere Situation der Anwohner. So war das Gespräch nicht geeignet, Standpunkte zu vertiefen oder gar Lösungen herbeizuführen. Zudem hat die mit der Planung beauftragte AKN keinerlei Kontakt zu uns aufgenommen oder uns anderweitig irgendwelche Informationen zukommen lassen.

Auch die Ende 2015 stattgefundenen und gesetzlich erwünschten Veranstaltungen zur „frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“ haben mangels konkreter Fakten eher zur Verunsicherung der betroffenen Anwohner beigetragen. Es handelte sich dabei vielmehr um „Projekt-Werbeveranstaltungen“, die mit „Beteiligung“ rein gar nichts gemein hatten.

Ein am 14. April 2016 stattgefundenes Gespräch mit NAH.SH, S-Bahn und der Firma Int-raplan, von dem wir uns einen konstruktiven Dialog auf Augenhöhe erhofften, entpupp-te sich als ein herablassender Monolog über Nutzen-Kosten-Untersuchungen. Auf unsere anschließenden Hinweise zu Fehlern in der Untersuchung und Optimie-rungsvorschläge zum Projekt wurde dann gar nicht mehr reagiert.

Sehr empfehlenswert ist das vom Bundesministerium für Wirtschaft und digitale Infra-struktur herausgegebene „Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor“. Hierin wird ausführlich dargelegt, warum es wichtig und für ein Projekt sogar von Vorteil ist, wenn die Bürger ausreichend und früh genug planungsbegleitend beteiligt werden. Sehen Sie echte Bürgerbeteiligung bitte als Chance, um Proteste und Widerstände gegen Verkehrsprojekte aufzulösen und kosten-intensive und verzögernde Gerichtsverfahren zu vermeiden.

Denn wenn Sie sich stets lediglich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsver-fahren im Rahmen der Planfeststellung berufen, dann sollte es nicht verwundern, wenn sich die Bürger ihrerseits auf ihre gesetzlichen Möglichkeiten (inklusive Rechtsmittel) versteifen. Dies kann nun wirklich in niemandem Interesse sein.

Im bereits erwähnten Wirtschaftsausschuss haben Sie außerdem bekräftigt, dass Sie trotz Kenntnis der Situation vor Ort zunächst erst mal ohne weitere Gespräche mit den Betroffenen das Planfeststellungsverfahren abschließen wollen. Diese Äußerung zeigt leider recht deutlich, dass Sie an einer für alle Seiten denkbaren Alternativlösung nicht interessiert sind. Ja noch nicht einmal den Versuch unternehmen wollen, gemeinsam und konstruktiv an einem Kompromiss zu arbeiten.

Deswegen bitten wir Sie eindringlich darum, es künftig zu unterlassen, die Öffentlichkeit davon glauben zu machen, dass mit uns umfangreiche Gespräche stattgefunden hätten. Dies ist schlicht unwahr!

Auch wenn die Zeit davonrennt, ist es nie zu spät, miteinander zu reden. Wir würden es daher nach wie vor begrüßen, wenn Sie und die involvierten Fachleute den direkten Kontakt mit uns aufnehmen, damit Planer, Entscheider und betroffene Bürger endlich an einen gemeinsamen Tisch kommen.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Markus Spiering
Vorstandsvorsitzender der Bürgerinitiative Bahnstraße